



#dieschmidt

der newsletter

06.11.2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

erneut wurde Europa von einem islamistischen Terroranschlag erschüttert. In Wien wurden vier Menschen aus dem Leben gerissen. Dieser feige Angriff war nicht nur ein Angriff auf Wien oder Österreich. Dies war erneut ein Angriff auf unsere europäischen Werte und unsere Gemeinschaft als Ganzes. Meine Gedanken sind bei den Angehörigen der Opfer.

In den Vereinigten Staaten ist derweil das eingetreten, was im Vorfeld zu befürchten war. Noch bevor alle Stimmen ausgezählt wurden, hat Donald Trump sich zum Sieger erklärt und aktuell stehen seine Anhänger teilweise mit Waffen vor den Orten, an denen noch ausgezählt wird. Diese Entwicklung ist besorgniserregend und einer Demokratie nicht würdig. Das Recht, dass alle Wählerinnen und Wähler sich sicher sein können, dass ihre Stimme gezählt wird, ist das höchste Recht in einer Demokratie. Mit dem erneuten Tabubruch zeigt Donald Trump seine zu tiefst antidemokratische Haltung. Deshalb ist es wichtig, dass auch wir in Deutschland keine Tabubrüche akzeptieren und unsere Demokratie gegen Angriffe schützen.

Rund 3000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr können in diesem Jahr das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familie feiern. Ich habe in dieser Woche mit der Aktion „Gelbes Band der Verbundenheit“ meine Solidarität mit allen Soldatinnen und Soldaten ausgedrückt. Ich hoffe, dass alle bald wohlbehalten nach Hause kommen können!



Seit Montag zwingt uns die Corona-Pandemie wieder dazu, neue Maßnahmen zu ergreifen. Wir müssen uns jetzt mit denjenigen solidarisch zeigen, die unsere Solidarität brauchen: Das sind vor allem ältere und kranke Menschen, die durch eine Corona-Infektion besonders gefährdet wären. Seit Dienstag gelten zudem neue Bestimmungen in Bezug auf Quarantäne: Diejenigen, die positiv getestet worden sind, müssen sich nun selbstständig mit ihrem Hausstand in 14-tägige Quarantäne begeben. Damit werden die Gesundheitsämter massiv entlastet und wir sorgen dafür, dass Kontaktketten besser nachvollzogen werden können.

Zum Schluss noch eine Bitte: Gastronomiebetriebe mussten leider erneut geschlossen werden. Aber wir können sie trotzdem weiterhin unterstützen, indem wir in unseren Lieblingsrestaurants Essen zum Abholen bestellen oder uns etwas von dort liefern lassen. Damit können wir alle uns und der Gastronomie etwas Gutes tun.

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt, MdB

Solidarität für die Menschen in Belarus



Belarus ist zwei Monate nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Viele Menschen gehen auf die Straße und protestieren gegen den Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka. Leider gehen die Sicherheitskräfte in Belarus immer noch gewaltsam gegenüber friedlich-demonstrierenden Menschen vor. Inzwischen sind ca. 15.000 Menschen inhaftiert worden. Wir haben in dieser Woche ein klares Zeichen für Solidarität mit den Menschen in Belarus gesetzt und einen gemeinsamen Antrag mit der Union und den Grünen beschlossen. ([...weiterlesen](#))

Für digitalen Zugang zu Familienleistungen



Familienleistungen zu beantragen, ist häufig mit dem Ausfüllen von Formularen oder dem Gang zu einer Behörde verbunden. Mit dem Gesetz, das wir diese Woche beschlossen haben, machen wir den Zugang zu Familienleistungen leichter. Dabei ist es uns wichtig, dass die Leistungen einfach, flexibel und schnell online beantragt werden können. Dies gilt für Standesämter, Elterngeldstellen, Krankenkassen oder die Rentenversicherung. Wir wollen alle Leistungen aus einer Hand. Niemand soll mehr von einer zur anderen Behörde laufen und zig Zettel ausfüllen müssen. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Junge Familien sollten sich ganz auf ihr Neugeborenes konzentrieren

können.

Für Existenzsicherung und Teilhabe



Alle diejenigen, die aus welchem Grund auch immer gerade nicht selbst für ihre Existenzsicherung sorgen können – und das passiert nicht nur in Zeiten der Pandemie manchmal schnell und meist unverschuldet – die können sich in Deutschland auf eine Grundsicherung verlassen. Wir haben in dieser Woche die Regelbedarfssätze im SGB-II Bereich erhöht. Ich habe in meiner Rede gestern deutlich gemacht, dass es für mehr Gerechtigkeit in der Grundsicherung eine größere Reform des Sozialstaats geben muss. ([hier geht es zu meiner Rede](#)) Dafür werden wir weiter kämpfen – denn wir wollen lieber Arbeit finanzieren, als Arbeitslosigkeit. ([hier geht es zur Pressemitteilung der Fraktion](#))

Für schnellere Planung von Investitionen



Langatmige Planungs- und Genehmigungsverfahren behindern häufig, dass viele Investitionen, wie beispielsweise in Windräder oder den Schienenverkehr, schnellstmöglich umgesetzt werden können. Deshalb haben wir diese Woche ein Gesetz beschlossen, dass diese Verfahren beschleunigt und effektiver gestaltet werden können. Wenn Bedenken gegenüber Planungen auftreten, können diese bald digital vorgebracht werden. Zum Beispiel kann das Auslegen von Unterlagen für einen öffentlichen Beteiligungsprozess zusätzlich auch online erfolgen. Wenn es keine Bedenken gibt, sollen in Zukunft Kosten und Mühen gespart werden, damit schnell mit der Umsetzung begonnen

werden kann. Dadurch wird es nicht weniger, sondern effizientere Beteiligung geben. Wir stärken damit die Beteiligungsprozesse und sorgen dafür, dass Investition schnell geplant und umgesetzt werden können.

Außerordentliche Wirtschaftshilfe November



Unternehmen, Betriebe, Selbstständige oder Vereine, die von den aktuellen Schließungen betroffen sind, können sich auf den Staat verlassen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat gestern die Details zur außerordentlichen Wirtschaftshilfe vorgestellt. Das wichtigste vorweg: [Die Antragsstellung kann in den nächsten Wochen direkt online hier gestellt werden.](#) Betroffene erhalten 75 Prozent pro Woche der Schließung von ihrem durchschnittlichen, wöchentlichen Umsatz aus dem Jahr 2019. Soloselbstständige, deren Einkommen oft von Monat zu Monat variiert, können als Vergleichsumsatz auch den durchschnittlichen Wochenumsatz im gesamten Jahr 2019 nehmen. Mit einem

Gesamtvolumen von ca. 10 Milliarden Euro unterstützen wir Betroffene direkt mit diesem Zuschuss, der schnell genau dort ankommen wird, wo er gebraucht wird.

Demokratie konkret



Warum ist es auch während der Corona-Pandemie wichtig, dass das Streikrecht weiterhin gilt? In ganz Deutschland gab es in den vergangenen Wochen Warnstreiks und vielerorts wurde darüber diskutiert, ob diese Streiks während der Pandemie angemessen sind. Das Streikrecht ist ein Grundrecht. Es sorgt für mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt. Selbst während der Corona-Pandemie darf das Streikrecht nicht einfach ausgehebelt werden. Allabendliches Klatschen am Fenster ist eine Anerkennung, aber keine angemessene Gegenleistung für die Arbeitsleistung, die unzählige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter erschwerten Bedingungen für unsere Gesellschaft leisten. Diesen Beschäftigten muss die Möglichkeit erhalten bleiben, sich für einen gerechten Lohn stark zu machen - unter Einhaltung aller Abstands- und Hygieneregeln.

Diesen Beschäftigten muss die Möglichkeit erhalten bleiben, sich für einen gerechten Lohn stark zu machen - unter Einhaltung aller Abstands- und Hygieneregeln.